

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Verhältnissen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich Kf 16.-
vierteljährlich . . . 48.-
halbjährig 96.-
jährlich 192.-

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

7. Jahrgang.

Freitag, 7. Oktober 1927.

Nr. 235.

Ein Wort an die Frauen.

Von Fanny Blatny.

Die Frauen verfügen bei den Gemeindevahlen über die größere Hälfte der Stimmen, die werden also bei diesen Wahlen den entscheidenden Ausschlag geben.

„Aber,“ sagen jaundsobiele Frauen, „von Gemeindeangelegenheiten verstehen wir nichts, diese Detailarbeit in Personalangelegenheiten, Verwaltungsfragen, Budgetrechnerei usw. war immer Sache der Männer, wir haben kein Interesse, uns um derlei trodene Dinge zu kümmern.“

Nun, dieser Einwand entspricht leider vielfach den Tatsachen, aber wenn er schon immer verhängnisvoll war und Frauen aus Interesselgebieten ausschaltete, die zu allererst ihr tägliches Leben betreffen, so ist er diesmal, bei den Wahlen des 16. Oktober, geradezu ein Selbstmord der Klasse und des Geschlechtes.

Denn es handelt sich jetzt nicht darum, ob der oder jener, Herr Meier oder Genossin Michal, in die Gemeindeftube einzieht, sondern am 16. Oktober soll mit dem Gemeindestimmzettel Gericht gehalten werden über die große Politik des Staates, und die Frauen haben mehr als die Hälfte der Richterstimmen inne.

Wohl wählen sie nur Herrn Meier oder Genossin Michal, aber sie sagen damit laut und eindeutig, ob sie mit der bürgerlichen Politik, mit der Politik der Brot- und Lebensmittelverknappung, der Bucherhöhle, der Mieterhöhungsbedrohung, des militaristischen Wentrüstens und der erdrofftesten Gemeindeautonomie einverstanden sind oder ob sie diesen reaktionären und verwerflichen Kurs verdammen.

Die Stimmen aus all den kleinen Orten, sie sollen sich zum großen, machtvollen, nicht überhöhrbaren Chor vereinigen, sie sollen den regierenden Parteien als drohende Warnung ins Ohr tönen, daß es so nicht weiter geht, und daß die breiten Massen die Wendung des Steuerrechts nach links verlangen, und bei dieser politischen Rundgebung allerersten Ranges müssen die Frauen mithelfen.

Sie teilen mit den Männern die Verantwortung für das Kommende, was künftig geschieht oder unterbleibt, geschieht oder unterbleibt mit ihrem Willen und ihrem Einverständnis.

Und im übrigen ist es gar nicht wahr, daß die Gemeindevertretungen bloß mit Verwaltungs- und Personalfragen, Budgetrechnerei und dergleichen zu schaffen haben, sie greifen mit einer Menge von Maßnahmen sehr einwirkend ins tägliche Leben ein.

Ihren obliegt die soziale Fürsorge im weitesten Maße, Altersheime, Spitäler, Waisenhäuser, Mutterberatung, Stillkrippen und Alterspflege fallen in ihren Machtbereich.

Da ist es schon etwas ganz anderes, ob annahmliche Bourgeois mit gnädiger Miene lazar „Wohltaten“ und demütigende „Geschenke“ beschließen, ob in ihrem Kustroge bürokratische Verwalter und Fürsorger selbstherrlich schalten und walten, oder ob eine sozialdemokratische Mehrheit aus tiefstem Pflichtgefühl heraus an den Stoffkindern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung das Klassenunrecht mit allen Kräften aufzumachen strebt.

So freilich, wie sie will, wird auch sie nicht einreifen können, dafür haben schon die jetzt rotierenden Mehrheitsparteien, Großbürger, Potentatkräften, Agrarier und Gewerbeapartei gesorgt.

Die von den deutschen und tschechischen Besitzklassen, von deutschen und tschechischen Kirchenmännern beschlossene Steuer- und Verwaltungsreform nimmt den Gemeinden die nötigen Mittel, großzügige Fürsorgepolitik zu treiben und stellt sie entrechtet unter die Vormundschaft der hochmütigen Herren Bezirkshauptleute und Statthalter (die Namen existieren nicht mehr, wohl aber die Kemter!), und dafür eben sollen die Wähler der Schandreform jetzt gerichtet werden, mit eurer Hilfe gerichtet werden, Frauen!

Die Bewegung der Eisenbahner.

Bis 12. Oktober Klarheit gefordert.

Gestern fand im Karodni Dum in Prag Zuzichow eine Konferenz der in der Exekutive der Eisenbahnerorganisationen vereinigten Verbände statt, die zu der Antwort des Eisenbahnministeriums auf die im Mai überreichten Forderungen Stellung nehmen sollte. Das Ministerium erstattete der Vorsitzende der Exekutive Rejedy, die Uebertragung ins Deutsche besorgte Genosse Cech, der auch im Präsidium saß, abschließend daran wurde die Antwort des Eisenbahnministeriums den Delegierten zur Kenntnis gebracht. Danach traten die einzelnen Organisationen zu gesonderten Beratungen zusammen, um zu der Sachlage Stellung zu nehmen. Nachmittags tagte dann wieder das Plenum des Kongresses und die Vertreter der einzelnen Organisationen brachten ihren Standpunkt zum Ausdruck für den Verband der Eisenbahner sprach Genosse Grünzner, der in ruhiger sachlicher Weise die Verhältnisse darlegte. Zum Schlusse wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Der Kongreß der Delegierten der in der Exekutive der Eisenbahner vereinigten Organisationen, der am 6. Oktober im Karodni Dum stattgefunden hat, behandelte eingehend die Antwort des Eisenbahnministeriums auf die Forderungen der Exekutive und beschloß nach Rundgebungen aller Organisationen folgendes:

Die Antwort des Eisenbahnministeriums erachten wir trotz der Gerechtigkeit im vollen Umfange über die Forderungen der Exekutive zu verhandeln als völlig unzureichend und un-

riedigend; denn diese Antwort weicht betröchtlich von der Exekutive gestellten Hauptfrage aus, ob das Eisenbahnministerium bereit ist, die Forderungen nach Abänderung der Regierungsverordnung Nr. 15 zu erfüllen.

Wir nehmen trotzdem die Bereitwilligkeit des Eisenbahnministeriums zur Verhandlung über die Forderungen der Exekutive zur Kenntnis; wir sind jedoch verpflichtet mit Rücksicht auf die sich monatelang hinziehenden Verhandlungen darauf zu bestehen, daß das Ministerium auf die wichtigste Frage, ob es von der Regierung ermächtigt sei, bereitwillig die Abänderung der Regierungsverordnung, insoweit es die Erfüllung der Forderungen der Exekutive notwendig macht, durchzuführen, klar beantwortet.

Wir sind überzeugt, daß diese Garantie uns gegeben werden kann; denn in den Forderungen der Exekutive wird bloß die Erfüllung der Grundzüge für die Eisenbahnangestellten geltenden Befehle verlangt, ohne daß die Eisenbahnen finanziell bedroht würden, bei welchen infolge der bisherigen Durchführung der Regierungsverordnung nicht die Quoten erschöpft wurden, die vom Parlament für die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Eisenbahnangestellten bewilligt wurden.

Zum Zwecke der beschleunigten Verhandlung der kritischen Forderungen beauftragen wir die Exekutive, sie möge bis längstens 12. Oktober eine klare Antwort des Eisenbahnministeriums auf diese Frage verlangen.

Schwere Anschuldigungen gegen kommunistische Führer.

Keine Widerlegung der Anklage Gorovsths. — Weitere Einzelheiten.

Aus dem frisch-fröhlichen Angriffskrieg, den die Kommunisten einst — insbesondere in Wahlzeiten — gegen die Sozialdemokraten geführt haben, ist eine leuchtende Verteidigung geworden. Das sehen wir nicht nur an dem Gesamtbericht Neuraths über den Ausgang des Bauarbeiterstreiks, sondern an der schwächlichen Haltung des sonst so kampflustigen Reichsberger „Vorwärts“ gegenüber den Beschuldigungen, die in seiner Broschüre der ehemalige Kommunist Karl Gorovsthy gegen die kommunistische Partei und deren Funktionäre erhebt. Man denke nur: Es werden gegen eine Partei außerordentlich schwerwiegende, ja fürchterliche Anklagen erhoben und der „Vorwärts“ — statt diese Anklagen Punkt für Punkt zu widerlegen — tut die ganze Angelegenheit mit ein paar faulen Wigen ab. Als Kostprobe für unsere Leser bringen wir das nachfolgende Geständnis:

... der gut informierte Gorovsthy weiß natürlich auch ganz genau, wie es mit der finanziellen Lage der Partei steht. Hunderttausend Rubel jährlich beträgt die Subvention; keinen Heller mehr und keinen weniger! Und dieser Rubelbetrag ist sogar bis nach Reichsberg gedrungen. Eine Million Kronen war der Rubelanteil, den die Drucker-

Runge u. Co. erhalten hat. Oder eigentlich nicht erhalten hat, denn 250.000 K haben sich die Mitglieder des Politbüros als Provision eingesteckt und der arme Runge läuft ganz Reichsberg auf der Suche nach der verlorenen Viertelmillion ab. Alles das weiß Herr Gorovsthy ganz genau. Schade nur, daß er seinen Beruf verfehlt hat. Er hätte entschieden nicht kommunist, sondern Dichter werden sollen!

Mit dieser Methode kann man natürlich alles abtun. Man kann damit leugnen, daß die kommunistische Partei überhaupt existiert, man kann darüber lachen, daß das Hauptquartier der Kommunisten ausgerechnet — in einer Weinstube sich befindet und man kann vor allem — das ist sehr bequem — über alle Anschuldigungen Gorovsths hinweggehen.

Nicht ein Wort darüber, daß die Partei von Spionen und Provokateuren durchsetzt ist, nicht ein Wort darüber, ob Smeral wirklich von den Wostanern geschurigelt wird oder nicht, nicht eine Silbe davon, daß der Parteivorstand nicht weiß, was in der Partei vorgeht, nichts über den Mitgliederrückgang, kein Hauch der Widerlegung der Anschuldigungen wegen der Finanzwirtschaft der Partei, nichts davon, ob sich wirklich so unwissende Leute in der Lei-

Dieselbe Steuer- und Verwaltungsreform droffelt ebenso die Mittel, um den Rahmen des äußeren Lebens auf Gemeindefkosten schöner zu gestalten, zu öffentlichen Anlagen, für Gärten, Beleuchtung und Straßenpflege wird wenig oder gar kein Geld mehr vorhanden sein.

Oder sollen etwa die Gesinnungsgenossen der Wiener Ruzsichal und Seipel, die von Reichners „Steuerabschismus“ schwärzen und über „sozialistische Gewerbefeindschaft“ Lügenmärchen verbreiten, fallen diese diese Geldsackkrämer und Dunkelwänner ein Herz haben für Gemeindebüchereien, für Erwachsenenbildung und hygienische Schulräume?

Werden diese auf Wohnungswucher erpichten, den Mieterhöhungs als Gebübel beaeffernden Zinsgier sich Wien zum Beispiel nehmen, um musterhafte Frei- und Winterbäder zu errichten, oder um für die von Wohnungswener bedrohten, in vollgepflanzten Räumen zum Tuberkulosefod verurteilten Proletariat herrliche Küsterblöcke zu errichten?

Wahrlich, die Vertreter der Beherrschenden in der letzten kleinen Gemeinde und im Prager Parla-

ment arbeiten einander planvoll in die Hand, der eine nimmt die Mittel und der andere verweigert den guten Willen, und beide zusammen engen die Bewegungsfreiheit und die Aufbautätigkeit unserer Gemeinwesen systematisch ein.

Veider Parole ist es, nichts für die breiten Massen zu tun und alles aus ihnen zu erpressen, ihnen nicht Luft und Licht und geistige und körperliche Entwicklung zu gönnen, wohl aber ihre politischen Rechte nach allen Seiten zu beschneiden, ihnen eine Steuer um die andere aufzulasten und auch die blutige Steuer des Militärdienstes immer noch zu erhöhen.

Im Haushalt, auf der Straße, in Dingen der Bildung, im Leben Eueres Nachwuchses — überall, Frauen, sind die geeinten Parteien der Land- und Stadtbourgeoisie Euer Feind, ihre Stellung am 16. Oktober erschüttern, bedeutet, daß Ihr weiteren Angriffen auf Eure Lebenshaltung ein weithin tönendes Halt gebietet, darum wählet sozialdemokratisch und werbet für die sozialdemokratische Partei!

Sozialistische Zollkonferenz

am 15. und 16. Oktober in Paris.

Paris, 6. Oktober. Der ständige Verwaltungsausschuß der sozialistischen Partei beschloß gestern, die geplante sozialistische Zollkonferenz, an der Sozialisten aus Deutschland, Belgien, Luxemburg, der Schweiz und Frankreich teilnehmen, auf den 15. und 16. Oktober nach Paris einzuberufen.

Die kommunistische Partei umhertreiben, wie dies Gorovsthy schildert.

Wir haben bisher alle Behauptungen der erwähnten Broschüre mit Vorsicht wiedergegeben und dem Verfasser die Verantwortung für seine Angaben überlassen. Aber angesichts einer Schreibweise des „Vorwärts“, die dem Stameln des Ertrappien gleicht, muß die Deffentlichkeit darin geradezu einen Schuldbeweis der angeflagten Partei erblicken. Da also der „Vorwärts“ nicht die geringste Absicht zeigt, an Hand von Tatsachen die Behauptungen des ehemaligen kommunistischen Führers, der gegen die Partei, der er lange angehört hat, so erschütternde Anklagen erhebt, zu widerlegen, wollen wir noch einiges aus der bereits zitierten Broschüre wiedergeben. So sagt Gorovsthy über das Verhalten der kommunistischen Parteiführung unter anderem folgendes:

Gegen Gajda und Kramar trauen sie sich nicht — aber um zu zeigen, daß sie doch etwas tun, werfen sie sich auf die eigenen Leute und hoffen damit die Aufmerksamkeit von den Ergebnissen der Untätigkeit abzulenken.

Die Rolle der Kommunisten in der Arbeiterbewegung wird folgendermaßen gekennzeichnet:

Die Stalinisten selbst sind die einzigen und wirklichen Helfershelfer der Reaktion — die einzigen dadurch, daß sie für ihre persönlichen Ziele die Zerfegung in den Reihen der Arbeiter erhalten und befestigen, sie sind der Wind in die Segel des Kramars, ohne Konzil und Choraz gäbe es nicht die Despotie Smerals und Hodzas.

Ueber den augenblicklichen Diktator der kommunistischen Partei Nisiel erzählt Gorovsthy, daß er noch einige Stunden vor der letzten Verhaftung Nisels mit ihm gesprochen habe, daß sie gemeinsam in der Partei oppositionell hervortreten werden. Die betreffende Rundgebung war schon aufgeschrieben, aber Smeral, damals der Agent Sinowjews, hat sie im „Rude Pravo“ unterdrückt. Smeral wieder hat der Verfasser in Währich-Stran im Hotel „Brioni“ aus dem Manuskript seines Buches über die Krise der kommunistischen Partei ganze Kapitel vorgelesen. „Bis zum Ueberdruß hat er mich mit allen möglichen Schmeicheleien zum Weiterhören bewogen und nur gerufen, ich möge aus Gründen der Vorsicht ein ganzes Buch von Zitaten aus Lenin's Werken zusammenstellen, damit du nicht „anklügelt“. Vom Redakteur des „Rude Pravo“, Dobrovolsky, der täglich etwa 20 bis 30 Seiten für das Blatt schreibt, erzählt der Verfasser, daß dieser ein Monatsgehalt von 3800 Kronen habe, wozu noch 1000 Kronen kommen, die Dobrovolsky als Redakteur der „Arvoni“ bezieht, was etwa zwei bis drei Stunden Arbeit wöchentlich erfordert sowie 900 Kronen, die der Genanture als Mitglied des Politbüros erhält. Insgesamt bekommt also Dobrovolsky für die große Arbeit, die er leistet, 5700 Kronen monatlich. Frau Zanda-Styck bekommt außer ihrem Abgeordnetengehalt 3500 Kronen, dazu 2000 Kronen Zulage sowie von der Roten Hilfe 500 Kronen für eine Hausgehilfin. Die schauerlichsten Zustände, die in der Roten Hilfe herrschen, hat über Nachfrage Stalins der Sekretär des Belgisch-gewerkschaftlichen Verbandes Sais selbst zugegeben.

„Der geheime Fonds in den Händen einiger höchster Apparatshili — das ist der eigentliche Herr unserer kommunistischen Partei und alles übrige ist bloße Verklebung und Lüge.“

Im Interesse der Reinheit des politischen Lebens und der proletarischen Bewegung sind die kommunistische Partei und ihre Organe verpflichtet, die einzelnen Anschuldigungen Gorovsths auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und der gesamten Arbeiterschaft der Tschechoslowakei eine bis ins Detail gehende Rechenschaft abzugeben. Mit Wätschen, wie sie in seiner Hilflosigkeit und Verängstigung der Reichsberger „Vorwärts“ macht, ist eine Sache von solcher Tragweite nicht abzutun.

Frauen!

Baut mit am Damme gegen die Reaktion!

Deutsche Agrarier, Christlichsoziale und Gewerbetreibende haben eure und eurer Kinder Nahrung verteuert, die Zuckersteuer erhöht,

nach den Wahlen

wollen sie auch noch die Versicherung für den Fall der Krankheit, eines Unfalls und der Invalidität verderben und

das Wohnen verteuern.

Läßt euch nicht das Obdach rauben! Kämpft mit uns für eine freie und bessere Zukunft!

Inland.

Landbündlerische Kampfeslust.

Ende September, nachdem sich die Landbündler vom Schreden der unvermutet raschen Ausschreibung der Gemeindevahlen etwas erholt hatten, schrieb die „Deutsche Landpost“ und die übrige agrarische Presse in einem „Der Kampf beginnt“ überschriebenen Artikel zum Schluß:

„Der Aufmarsch zum Wahlkampf hat begonnen! — Der große Schlag, der gegen den Bund der Landwirte geführt wurde und der die Zertrümmerung der mächtigen Landvolkspartei zur Folge haben sollte, ist wirkungslos abgeprallt. In größter Geschlossenheit zieht das Meer des Bundes der Landwirte in den Wahlkampf, gewohnt zu schlagen und gewohnt für die Rechte des Volkes und der deutschen Landwirtschaft zu kämpfen.“

Draußen am Lande ist aber von der unbändigen Kampfeslust der Landbündler nichts zu merken. Vielmehr geht es drüber und drunter, herrscht in den Reihen der Anhänger Verdrösslichkeit und Kleinmütigkeit. Für die Landbündler ist es schon ein befriedigender Zustand, wenn erklärt wird: „Wir wissen schon, daß der ... ein Lump ist, aber Landbündler bleiben wir doch.“ Das Kennzeichnendste ist jedoch, daß die Landbündler überall dort, wo Oppositionsparteien auftreten, an diese mit dem Vorschlag herantraten, durch Bildung von Einheitslisten die Wahlen entfallen zu lassen. Man erparat dabei der armen Gemeinde Kosten, wolle seinen Streit im Dorfe usw. Man bot auch unseren Genossen vielfach weit mehr Mandate an, als sie vorher hatten, um nur das unangenehme Wählen hintanzuhalten. Es war der reinste Stuhbandel! Von Kampfeslust der Landbündler unter solchen Umständen kann jetzt nicht mehr gesprochen werden. Sie haben die Nase voll!

Freidenker und Gemeindevahlen.

Der „Freie Gedanke“, das Organ der proletarischen Freidenker, weist in der letzten Nummer auf die Bedeutung der Gemeindevahlen und fordert zur Wahl der sozialistischen Kandidaten auf. Hierbei wird angeführt, was der Wahlkampf zwischen den reaktionär-kapitalistischen Parteien und sozialistischem Proletariat vom Standpunkt des Freidenkertums bedeutet. Er äußert sich zunächst im sogenannten Patronatsrecht vieler Gemeinden. Dieses „Recht“ ist nichts anderes als eine ungemein lästige und belastende Pflicht der Gemeinde, für die Erhaltung der Kirche und ihrer Bausachen aufzukommen. Wohl bedeutet das Gesetz vom 12. August 1921, Nr. 329 in seinem § 25 eine Durchbrechung dieses Prinzips, in dem es bestimmt, daß derartige Ausgaben von den Beteiligten, das heißt von den Kirchenangehörigen, zur Gänze getragen werden, allein die richtige Handhabung dieses Gesetzes wird wohl nur in sozialistisch regierten Gemeinden erfolgen. Hierbei gehört auch die Frage der Friedhöfe, die zum Teil noch der Kirche angehören und der Geistlichen reich der interkonfessionellen Gesehe die Möglichkeit gewähren, ihre Macht und Unbulbansheit gegenüber Konfessionslosen zu zeigen. Schon lange streben die Freidenker die Führung der Matrizen durch die Gemeinden an. Wohl kann der Konfessionslose Geburt und Tod bei der Gemeinde zu Protokoll angeben, der eigentliche Matrizenführer ist aber doch noch der Pfarrer, der auch hier verschiedenelei Einflüsse geltend machen kann. Bis zum heutigen Tage ist die Trennung der Schule von der Kirche nicht durchgeführt, ja, die Kirche fordert jetzt die vollständige Unterordnung der Schule. Nur in einer sozialistisch regierten Gemeinde kann der Einfluß der Kirche zurückgedrängt werden. Die Gemeinde hat im übertragenen Wirkungskreise verschiedene Funktionen, die für die Konfessionslosen nicht ohne Bedeutung sind. So wird die nächste Volkszählung unter den jetzt gewählten Gemeindeverwaltungen durchgeführt werden. In allen diesen nur ange deuteten und noch in vielen anderen Fragen ist es von großer Wichtigkeit, in wessen Händen die Gemeinde sich befindet. Ein Sieg der sozialistischen Idee dürfte auch den Plan eines Kulturdatens, das gewiß in einer Regierungschublade fertig ausgearbeitet wartet, zu Falle bringen. Die Freidenker haben darum ein eminentes Interesse an dem Ergebnisse der Gemeindevahlen.

Der Klassenstaat.

Für einen Sträfling 11.50 K — für einen alten Bergarbeiter nach 30 Dienstjahren 9 K pro Tag.

Die bürgerlichen Parteien planen eine arge Verschlechterung der Bergarbeiterversicherung. Sie wollen die ohnedies niedrigen Renten noch mehr verkürzen, weil der Staat angeblich für die Bergarbeiterversicherung kein Geld hat. Wie verbrecherisch das Vorgehen der bürgerlichen Parteien ist, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß der Staat für einen Sträfling täglich 11 Kronen 50 Heller ausgibt, daß aber ein Bergarbeiter nach 30 schweren Arbeitsjahren nur 9 Kronen 4 Heller täglich an Rente erhält.

Der Staat, der in den letzten Jahren über 5 Milliarden, das sind über 5000 Millionen Kronen aus dem Bergbau an Kohlensteuer herausgeholt hat, soll für die alten und invaliden

Bergarbeiter kein Geld haben! Diese Lüge muß jeder Bergarbeiter bei der Gemeindevahl dadurch bestrafen, indem er seinen Stimmzettel für die sozialdemokratische Partei abgibt.

Der Vorstand der Zentralsozialversicherungsanstalt hat in seiner vorgestrigen Sitzung über die finanzielle Lage der Krankenversicherungen verhandelt. Ueber die von der Direktion vorgeschlagenen Maßregeln wird in einer zu diesem Zwecke eigens einberufenen besonderen Vorstandssitzung entschieden werden. Es wurde eine Subkommission zur Prüfung der einzelnen Aufgaben der Krankenversicherungsanstalten über die Erhöhung der Beiträge nach § 159 des betreffenden Gesetzes gewählt. Es wurde mitgeteilt, daß die neue Dienst- und Disziplinarordnung für die Angestellten der Krankenversicherungsanstalten zur Durchberatung vorbereitet ist.

Heimerarbeit an der Volksschule.

Das Gemeindefinanzgesetz wirkt sich an den Arbeiterkindern aus. — Die Katastrophe unserer Gemeinden. — Unerhörte Demagogie der Klerikalen.

Die Gemeindevahlen sind noch spät genug ausgeschrieben worden, um vorher in einer Reihe von Gemeinden die Wähler erkennen zu lassen, welchen Schwierigkeiten sich die neugewählten Vertretungen infolge des aktivistischen Vertrates an der Gemeindeautonomie gegenübersehen werden. Noch im Wahlaufruf der Christlichsozialen heißt es, die Freiheit des Schuldenmachens sei nur schädlich und das Gemeindefinanzgesetz sei nur im Interesse einer sparsamen und gesunden Gemeindepolitik beschaffen worden. Wie es tatsächlich aussieht, wie sich das Heimergesetz gegen die Gemeinden auswirkt, beweist das Beispiel der Stadtgemeinde Brütz, die in diesen Tagen ihr Schulbudget aufstellt.

Bei aller Sparjamkeit erforderte der Vorschlag des Ortschulrates für das Jahr 1928 einen Betrag, der 128 Prozent der Gemeindefinanzumlagen ausmacht. 200 Prozent Umlagen aber gestattet das Finanzgesetz den Gemeinden nur. Der Stadt Brütz blieben also, wenn sie den Vorschlag des Ortschulrates durchzuführen wollte, nur 72 Prozent Gemeindefinanzumlagen für sämtliche Verwaltungs- und Fürsorgezwecke übrig. Die städtische Finanzkommission mußte also für eine Herabsetzung des Schulbudgets votieren. Sie verlangt eine Herabsetzung der Schulumlagen auf 103 Prozent. Die Folgen dieses Eingriffs in die Gebahrung des Ortschulrates werden nach dem Bericht der deutschnationalen „Brücker Volkszeitung“ so aussehen:

„Diese Herabsetzung war aber nur dadurch zu erreichen, daß man die Ausgaben für Lernmittel um 70 Prozent und die für Gebäudeinstandhaltung und Gehälter ganz wesentlich verminderte.“

Zu erwähnen ist dabei, daß der Ortschulrat Brütz bisher allen Kindern, ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit der Eltern, sämtliche Lernmittel unentgeltlich zur Verfügung stellte, was natürlich nicht nur der großen Masse der Armen, sondern auch den umlagensahenden Eltern zugute kam. Diese von allen Schichten der Bevölkerung ebenso wie von allen Schulmännern auch aus pädagogischen Gründen gutgeheißene Einrichtung muß unter dem Zwange des neuen Gemeindefinanzgesetzes zunächst beseitigt werden und der Rücktritt zu den „Armenbüchern“ und „Armenheften“ ist damit aufgedrängt worden.“

Das eine Beispiel zeigt, wie es in allen Gemeinden ausfallen wird. Brütz zählt sicher nicht zu den finanziell schlechtesten Gemeinden des deutschen Gebietes der Republik. In anderen Orten wird es weit schlimmer aussehen. Auch dort wird man — an der Schule sparen. Und da die tschechischen Schulen zum großen Teil Staatsubventionen erhalten oder doch auf Umwegen durch gut dotierte

nationale Vereine Staatsgelder bekommen, wird an der deutschen Schule gespart werden. An den Lehr- und Lernmitteln in der deutschen Volksschule, an den Löhnen der in der Schule beschäftigten Arbeiter, allenfalls an den Inventionen, die einzelne Gemeinden den Lehrern (Wohnungs- oder Heizungsbeiträge) machten, an den Ausgaben für verschiedene private Unterrichtszwecke wird man ein paar Kronen absparen, ohne darum das Budget der Gemeinde wesentlich entlasten zu können. Aus wird aus verschiedenen kleinen Gemeinden des Brütz-Duxer Gebietes gemeldet, daß bei der Aufstellung der Vorschläge die bewilligten 200 Prozent Umlagen für die dringenden Erfordernisse der Schulen und für die Vergütung der Gemeinde-, beziehungsweise Ortschuld aufgehoben. Alle Gemeinden, die an die Ausarbeitung des Budgets geschritten sind, müssen den Dotationsfonds beanspruchen, der natürlich angesichts der Anforderungen der Gemeinden wie ein Tropfen auf den heißen Stein verdampfen wird. Die nordböhmischen Städte müssen Millionenforderungen an den Fonds stellen, der insgesamt nicht viel über 100 Millionen betragen wird.

In Brütz hatte die Tragödie der Gemeindeautonomie ein Nachspiel, das verdient, noch weiter bekannt zu werden, als die traurige Tatsache der Erwürgung einer fortschrittlichen Schulpolitik selbst. Die Gemeindevertretung hat nicht das Recht, den Vorschlag des Ortschulrates zu korrigieren. Sie muß den Vorschriften gemäß den Refkurs bei der Bezirksverwaltungscommission einbringen. Als über diesen Refkurs verhandelt wurde, stimmten die Christlichsozialen wohl im Stadtrat und in der Finanzkommission für den selber notwendigen Refkurs, in der öffentlichen Sitzung aber traten sie gegen den Refkurs auf, um sich als Freunde der Schule ausgeben zu können. Sie wagen es also nicht, die Folgen ihres Gesetzes zu verantworten. Sie stüchen sich hinter die schäblichste, unsauberste Demagogie, um vor den Wählern als unschuldig dazustehen. Dieses Spiel wird ihnen so wenig anderswo gelingen, als es ihnen in Brütz gelang. Man wird die Verantwortung der Verwäter feststellen und ihnen das Spiel einer Doppelrolle gründlich verleiden.

Die Arbeiter aber mögen aus dem angeführten Beispiel, das sich in zahlreichen Gemeinden wiederholen wird, erkennen, wer die deutsche Schule vollends ruiniert, wer den Arbeiterkindern auch die Grundlagen der Bildung mißgönnt, die ihnen die Volksschule bieten kann, wer den Gemeindevahlen den Strick um den Hals gelegt hat, damit an den Hermsen der Armen, an den Fürsorgebedürftigen und an der Volksbildung in gleichem Maße den Reichen das Umlagenzählen erspart werde!

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

- 8.00: 11: Schulplattensender. 11.30: Rundfunkkonzert. 12: Reichsanstalt. 12.30: Rundfunkkonzert. 13.00: Rundfunkkonzert. 13.30: Rundfunkkonzert. 14.00: Rundfunkkonzert. 14.30: Rundfunkkonzert. 15.00: Rundfunkkonzert. 15.30: Rundfunkkonzert. 16.00: Rundfunkkonzert. 16.30: Rundfunkkonzert. 17.00: Rundfunkkonzert. 17.30: Rundfunkkonzert. 18.00: Rundfunkkonzert. 18.30: Rundfunkkonzert. 19.00: Rundfunkkonzert. 19.30: Rundfunkkonzert. 20.00: Rundfunkkonzert. 20.30: Rundfunkkonzert. 21.00: Rundfunkkonzert. 21.30: Rundfunkkonzert. 22.00: Rundfunkkonzert. 22.30: Rundfunkkonzert. 23.00: Rundfunkkonzert. 23.30: Rundfunkkonzert. 24.00: Rundfunkkonzert.

Deutschland.

- 12.00: Rundfunkkonzert. 12.30: Rundfunkkonzert. 13.00: Rundfunkkonzert. 13.30: Rundfunkkonzert. 14.00: Rundfunkkonzert. 14.30: Rundfunkkonzert. 15.00: Rundfunkkonzert. 15.30: Rundfunkkonzert. 16.00: Rundfunkkonzert. 16.30: Rundfunkkonzert. 17.00: Rundfunkkonzert. 17.30: Rundfunkkonzert. 18.00: Rundfunkkonzert. 18.30: Rundfunkkonzert. 19.00: Rundfunkkonzert. 19.30: Rundfunkkonzert. 20.00: Rundfunkkonzert. 20.30: Rundfunkkonzert. 21.00: Rundfunkkonzert. 21.30: Rundfunkkonzert. 22.00: Rundfunkkonzert. 22.30: Rundfunkkonzert. 23.00: Rundfunkkonzert. 23.30: Rundfunkkonzert. 24.00: Rundfunkkonzert.

Frauen wacht auf!

Wählen heißt: Kampf ums Recht!
Wählen heißt: Kampf ums Brot!
Wählen heißt: Herr oder Knecht!
Wählen heißt: Sein oder Tod!

Rima Lubitz

Eine „Sensation“.

Donnerstag früh wurde im Hofe des Dalmatiner Divisionsgerichtes Martin Lecian hingerichtet. Die Anhänger der Todesstrafe freuten sich, daß ihnen im Falle Lecian der Beweis gelangt zu sein scheint, daß die Todesstrafe in vielen Fällen eben doch notwendig sei. Der mehrfache Mörder, der einen waghalsigen Nischversuch unternimmt, bei dem er noch einen armen, jungen Burschen, der als Soldat und Wächter seine Pflicht erfüllen muß, niederschleift, scheint kein Erbarmen zu verdienen, und ebendies der menschlichen Gesellschaft so gefährlich zu sein, daß sie ihn, der hinter Kerkermauern noch Menschen tötet, austilgen muß. Aber die Sache hat ihre Schattenseite; man kann ebenbürtig am Beispiel Lecians zeigen, daß die Todesstrafe ein unwirksames Mittel zur Bekämpfung von Verbrechen ist. Der bereits zum Tode verurteilte Lecian, der genau wußte, daß man ihn mit Rücksicht auf seine Tadellose vielleicht Gnade gewähren, daß aber ein Mißfall sein sicheres Ende bedeuten würde, entloh trotzdem und brachte wieder einen Menschen um. Das Risiko des sicheren Todes am Galgen konnte ihm nicht abschrecken, wieder ein Verbrechen zu begehen. Selbst in Ländern, wo die Todesstrafe abgeschafft ist, existieren Bestimmungen, die für einen wegen Mordes zu lebenslänglichem Kerker verurteilten Menschen, der neuerlich einen Mord begeht, die Todesstrafe vorsehen, weil sonst der einmal lebenslänglich Verurteilte ja eine Art „Straffreiheit“ für alle weiteren Verbrechen brähe. Der prinzipielle Gegner der Todesstrafe wird auch diese scheinbar logische Bestimmung verwerfen und Mittel und Wege (Strafverschärfungen, eventuell dauernde Abkürzung von jeder menschlichen Gesellschaft) finden, um auch Angehöriger, von denen die menschliche Gesellschaft das Schlimmste fürchtet und nichts Gutes erhoffen kann, unschädlich zu machen, ohne den Mord mit der gesetzlichen Tötung, die schändlichste Missetat mit einer von der Gesellschaft sanktionierten, aber in ihrem Wesen nicht minder schändlichen Kopie der Tat selbst zu beantworten.

Und wie demokratisierend, wie großzügig eine Hinrichtung auswirkt, konnte man gerade im Falle Lecian härter als früher beobachten. Zeit Tagen gab es in der tschechischen Presse ein wichtiges rätselraten um die Hinrichtung. „Wird er hingerichtet? Wann wird er hingerichtet? Wie, wo und warum erfolgt die Exekution?“ — waren die täglichen Sensationsartikel der tschechischen Blätter. Eine Reihe von Revolverblätter lebte geradezu von der Sensation der bevorstehenden Hinrichtung. Welche Gefühle und Leidenschaften eine derartige Sensationsmacherei in den Menschen auslöst, erübrigt sich wohl, zu besprechen. Zehntausende Jünglinge werden verbrecherischen Naturen zum Bewußtsein gebracht, alles Barbarische im Menschen drängt auch bei den sonst friedlichen und humanen Naturen an die Oberfläche.

Die Hinrichtung selbst aber kann gar nicht so geheim sein, daß die Presse nicht ihre Sensation aus ihr zu machen wüßte. Da wird uns genau erzählt, was der Verurteilte tat, sah und sprach, daß er zunächst auf die Hölle verwies, in der er sich ausruhen werde, daß er dann doch bedauerte, und was der schmerzlichen Details nicht sind. Schließlich der „feierliche Akt“ selbst, den man doch oft genug geschildert hat und der in der Schilderung durch die bürgerliche Presse meist das Entsetzliche und Grauenhafte verliert, wenigstens für solche Leser, die nicht das Grauen vor jeder Tötung des Menschen durch den Menschen ohnehin schüttelt. Man erfährt dann aus dem besonders gefühlvollen Munde des Ministerpräsidenten, daß die Verwandten Lecians nicht an der Hinrichtung teilnehmen konnten (!), weil er sich geweigert hatte, sie zu sehen. Und das sieht das Volk anscheinend als einen schweren Schlag für diese Verwandten an!

Wer aber an alle dem noch nicht genug hat, der wird ohne Zweifel zu den hierzulande so wohlbehüteten Grundfragen der Humanität sofort bekehrt, wenn er die freudige Nachricht zur Kenntnis nimmt, daß Meister Wohlschläger mit der Tötung Lecians folgenen ein Jubiläum feierte, indem er seine 25. Straßburger Weibung vollzog. Ob er anlässlich des „seltenen Festes“ eine besondere Ehrengabe erhielt, wird vorläufig noch verschwiegen.

Franz Josef, der in seinen letzten Lebensjahren kein Todesurteil mehr unterzeichnete, würde immerhin das Bemühen anerkennen, dem bei ihm beschäftigungslosen Scharfrichter zu dem freudigen Jubiläum verholfen zu haben, das er ihm verweigerte, und er würde ihn, wie den Herrn Justizminister, ohne Zweifel mit einem huldvollen „Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut“ entlassen — denn das hat er wohl selbst nicht geglaubt, daß sein Oesterreich so fortleben würde!

Tages-Neuigkeiten.

Wie die Merikalen die Menschen ausbeuten und Innehten!

Ein Beispiel „christlich-sozialer“ Angestelltenfreundschaft.

Der Zufall spielte uns gerade jetzt ein Dokument in die Hände, das die wahre Bestimmung der Kirche, der Pfaffen und überhaupt der „christlich-sozialen“ Bekennner gegen Arbeiter und Angestellten schlagend nachweist.

Das Dokument hat folgenden Inhalt:

Revers.

- Ich übernehme mit dem heutigen Tage... 1. daselbe treu und gewissenhaft zu jeder Zeit zu versehen. 2. den Anordnungen und Wünschen des jeweiligen Pfarrers mich ohne Widerspruch zu fügen.

Die Kommunisten als Bundesgenossen der Deutschnationalen.

Wie die Bürgerparteien von den Kommunisten und ihrer Fäkalpolitik sich Hilfe gegen die Sozialdemokraten versprechen.

Die Wahlen in den Hamburger Vororten, wo die Sozialdemokraten bekanntlich einen schönen Sieg erfochten, die Kommunisten einen Rückgang ihrer Stimmen erlitten, haben eben durch die Stärkung der Sozialdemokratie das Bürgerertum dort begrifflicherweise etwas kopfschüttelnd gemacht.

Wie sehr die Rechtsparteien ihre Hoffnungen begründetermaßen auf die Kommunisten bauen, geht aus einer Zuschrift hervor, die aus den Kreisen der in Blankenese wohnhaften Hamburger Großkaufleute an die Norddeutschen Nachrichten gerichtet ist und dort am Mittwoch abgedruckt wird.

„In der sozialdemokratischen Presse betrachtet man den Ausgang der Altonaer Stadtverordnetenwahlen mit einem freudigen und einem nassen Auge. Das Hamburger Echo... deutet an, daß die Hoffnung der Schwarz-weiß-rotten sich auf die Kommunisten richten.“

Uebertritt der kommunistischen Gemeindefraktion in Fürth zur Sozialdemokratie.

Berlin, 6. Oktober. (Eigenbericht.) Die fünf Mann starke kommunistische Rathausfraktion der Industriestadt Fürth bei Nürnberg veröffentlichte eine Erklärung, worin zunächst betont wird, daß eine einzige machtvolle Arbeiterbewegung notwendig sei.

„In der klaren Erkenntnis, daß die sozialdemokratische Partei allein noch die Möglichkeit

hat hier einmal Bürgerliche und Kommunisten über Ablehnung sozialdemokratischer Forderungen einer Meinung sein können, wobei über die Motive eines solchen Zusammengehens nicht weiter diskutiert werden soll... In der Politik müssen alle Gesichts Momente zurücktreten, wenn es sich darum handelt, daß eine Minderheit alle Möglichkeiten in Betracht ziehen muß, um sich durchzusetzen.“

Hier wird offen gesagt, daß das rechtegerichtete Bürgerertum (wie denn das Bürgerertum überhaupt) in den Kommunisten vielversprechende Bundesgenossen sieht. Mögen bei den Kommunisten auch andere Motive maßgebend sein, in der Praxis läuft ihre Bekämpfung der Sozialdemokratie — das wird in dieser Zuschrift unerbittlich ausgedrückt — auf eine Unterminierung der Rechtsparteien in ihrem Kampf gegen die Forderungen der Arbeiterschaft hinaus.

zu einer Zusammenfassung der Arbeiterschaft und zur wirksamen Bekämpfung der Reaktion bietet, erklären die Unterzeichneten ihren Uebertritt zu dieser Partei. Gehten ihrem Grundsatze, nur den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu dienen, sind sie, soweit sie dem Fürthrer Stadtrat angehören, davon überzeugt, mit diesem Schritt auch im Sinne ihrer Wähler zu handeln.“

Es gibt also ebenso wie in Nürnberg nun auch in Fürth keine kommunistische Stadtvertreter mehr.

Ein serbischer General erschossen.

Die Täter mazedonische Komitadschis?

Belgrad, 6. Oktober. Nach einer gestern spät abends aus Stip in Südbosnien eingelangten Meldung, wurde heute nach 19 Uhr der Brigadegeneral Michailo Kovacevic von zwei unbekanntlichen Personen durch drei Revolvergeschosse getötet.

Ein internationaler Hochstapler verhaftet. Die Wiener Polizei hat einen internationalen Hochstapler verhaftet, der seit Jahren in Paris, London, Berlin, Athen, New York usw. sein Unwesen trieb.

Professor Tschermak-Zehjencg nach Graz beufen. Gestern erging an Professor Tschermak-Zehjencg von der Prager deutschen Universität die offizielle Berufung an die Universität in Graz.

Antike Münzfund. In der Ebene von Zalsburg wurden in einem Nischengefäß 46 goldene und silberne Münzen aufgefunden, deren Alter von den Sachverständigen des britischen Museums auf mindestens 2000 Jahre geschätzt wird.

Kunst und weicher Terror. Der bulgarische Unterrichtsminister Rajdenoff hat auf Anweisung der Regierung den Kredit für Provinztheater, das seit eine halbe Million Lera, die vom Parlament bewilligt worden sind, einfach suspendiert.

Serbische Mordtaten in Mazedonien. Erst jetzt werden fürchterliche serbische Greuelthaten an Osmanen und Mazedoniern bekannt. Einer der Hauptverantwortlichen und grausamen Verfolger, der wieder zahlreiche derartige Mordanschläge organisiert hat, ist der Gouverneur des Bezirkes Monastir Dobriša Matkovič.

Tägliche Meldung. Mittwoch abends wurde in der Nähe des Bors in Prag die siebzehnjährige Rosa Henrys von einem Autobus, das von dem Chauffeur Ferdinand Lutosky gelenkt wurde, überfahren.

Ein Fall von Kinderlähmung in Prag. Mittwoch wurde ein Fall von Kinderlähmung gemeldet. Das erkrankte Kind wurde in das Kinderkrankenhaus überführt.

Eine Versammlung der Prager Bauarbeiter, die von den isolierten Verbänden einberufen war, fand vorgestern im großen Saale des Lidob Dura in Prag statt.

Das Junkersflugzeug in der Nähe von Lissabon gelandet.

London, 6. Oktober. Nach einer Neutermeldung ist das Junkersflugzeug „D 1230“ auf der Höhe von Santa Cruz ins Meer gestürzt. Auf „SS“-Küste hin wurde ein Kriegsschiff abgeschickt, um nach dem Flugzeug zu suchen.

„Maschine und Besatzung wohlaut“

Deffau, 6. Oktober. Bei den Junkerswerken ist folgendes Telegramm eingelaufen: Lissabon, 6. Oktober, 1 Uhr 10. Post berichtet: Landung wegen Nebels. Maschine und Besatzung wohlaut. Waffen, am besten früh Lissabon erreichen zu können.“

Heute Weiterflug nach den Azoren.

Frankfurt a. M., 6. Oktober. Nach Privatmeldungen der „Frankfurter Zeitung“ ist die Landung des Junkersflugzeuges 30 Kilometer von Lissabon entfernt ohne jeden Zwischenfall glatt vor sich gegangen.

In Lissabon glatt gelandet.

Berlin, 6. Oktober. Das Junkerszeugflugzeug „D 1230“, das gestern abends in der Nähe von Santacruz wegen schweren Nebels auf dem Meer niedergehen mußte, ist heute nachmittags um 1 Uhr wieder gestartet und gegen 2 Uhr im Seeflughafen von Lissabon glatt gelandet.

Die Lehrereinkunft im Regierungslager. Ein Genosse, Lehrer an einer Mittelschule, schreibt uns: Den Lehrkörpern der Mittelschulen stand seit 1919 das Recht zu, bei Besetzung erledigter Direktorenstellen einen Dreiervorschlag zu erstatten.

bestimmt, daß von einer Behandlung der Ansuchen um eine Direktorstelle im betreffenden Professorenkollegium von nun an Abstand zu nehmen sei.

bestimmt, daß von einer Behandlung der Ansuchen um eine Direktorstelle im betreffenden Professorenkollegium von nun an Abstand zu nehmen sei. So wenig praktische Bedeutung dieses Recht habe, da das Ministerium stets in der Lage war, einen ihm nicht genehmen Vorschlag undachselig zu lassen.

Bombenanschlag in Nizza.

Genève, 6. Oktober. In Nizza ist in der Nacht zum Mittwoch eine Bombe explodiert. Es wurde nur Materialschaden angerichtet. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Schiffsuntergang auf der Nordsee. Der schwedische Dampfer „Sernod“, mit einer Besatzung von Helsingborg nach Cardiff unterwegs, ist ein Opfer des schweren Sturmes in der Nordsee geworden.

